



Abschlussbericht

Projektgruppe, die perspektivisch die Umwandlung/Weiterentwicklung eines Oldenburger Gymnasiums zu einer Gemeinschaftsschule als integratives und inklusives Modellprojekt initiiert, wünschenswert mit Unterstützung der Universität Oldenburg (eingerrichtet durch einstimmigen Beschluss der JHV am 4. April 2019).

Um es kurz zusammenzufassen: die Projektgruppe ist mit ihrem Auftrag gescheitert. Aber vielleicht kann aus dem Scheitern gelernt werden.

Die Erwartungen

Das Scheitern war ihr nicht in die Wiege gelegt. Es war zwar absehbar, dass es große Widerstände geben würde. Aber alle international vergleichenden Studien über die Leistungen der Schulsysteme in den OECD-Ländern machten deutlich, dass Länder mit integrativeren Schulsystemen ihre Schüler*innen zu deutlich besseren Leistungen befähigen, und insbesondere auch dann, wenn ihre Eltern keine gute Schulbildung haben. In Deutschland haben diese Erkenntnisse lediglich zur Vermehrung von Leistungstests an den Schulen geführt, aber nicht zu Änderungen des Schulsystems. In Hamburg hat sich bei einer Volksabstimmung gezeigt, dass integrativere Schulangebote keine Mehrheit finden, auch wenn sie Verbesserungen für die Mehrheit bringen. Seitdem hat auch die GEW auf Länder- und Bundesebene ihr Werben für mehr integrative Schulen eher zurückgefahren, auch wenn die gewerkschaftliche Beschlusslage ein integrativeres Schulsystem fordert.

In Oldenburg schien die Situation insofern nicht ungünstig, weil sowohl die Kommune wie auch viele freie Bildungsträger sich intensiv um die Umsetzung der Inklusion nach der Ratifizierung der UN-Konvention und entsprechender Änderung der Schulgesetze engagiert haben („Aktionsplan Inklusion“ und „AG Inklusion an Schulen“) und es nach der großen Flüchtlingswelle große Unterstützung aus der Bevölkerung bei der Integration gab. Allerdings reichte dies nicht aus, um Integration und Inklusion auch bei der Schulentwicklungsplanung 2017 zu einem wichtigen Ziel zu machen, obwohl auch die hohe Zahl von Ablehnungen der Aufnahme an eine IGS den Mangel an integrativen Schulen deutlich machte..

Der Auftrag der Projektgruppe berücksichtigte diese schwierige Ausgangslage, indem sie nur auf Verbesserungen innerhalb des geltenden Schulrechts setzte, die aber Modellcharakter haben könnten für längerfristige Reformen.

Die Arbeit

Die Projektgruppe engagierte sich intensiv in der „AG Inklusion an Schulen“ und verbreitete dort jährlich eine Auswertung der kommunalen Schulstatistiken - mit ihren fatalen Ergebnissen, dass nach Auflösung einiger Oldenburger Förderschulen fast nur Oberschulen die förderbedürftigen Schüler*innen aufgenommen hatten, die Gymnasien aber fast gar nicht. Auch Schüler*innen aus Migrantenfamilien waren fast ausschließlich an den Oberschulen gelandet und nur in sehr geringem Umfang an den Gymnasien. Überraschend für die Projektgruppe war, dass daraus die Oberschulen keine Konsequenzen ziehen wollten: sie schienen zu fürchten, dass ihnen bei einer gleichmäßigeren Verteilung die Existenzgrundlage entzogen würde. Interessant war auch, dass die IGSen – die am besten noch sich um einen angemessenen Anteil an den verschiedenen Schülergruppen kümmerten - kein Interesse an weiteren Gesamtschulen in Oldenburg zeigten, weil sie dann größere Verteilungskämpfe um die leistungsstärksten Schüler*innen beim Übergang aus den Grundschulen fürchteten; im Grunde ist der Bestand eines der 5 städtischen Gymnasien nur darin begründet, dass jedes Jahr etwa die Hälfte der abgelehnten IGS-Bewerber*innen dann aufs Gymnasium geht. Es gelang auch nicht, aus der breiten Kritik an der mangelnden Förderpädagogik der Gymnasien und der daraus folgenden massiven Abschulungspraxis eine Änderung der Schulentwicklungsplanung in die Wege zu leiten.

Wir konnten den Sonderpädagogen Prof. Hillenbrand für einen anregenden Vortrag zur „Inklusion am Gymnasium“ gewinnen – aber nicht den Philologenverband als Mitveranstalter und kein Gymnasium als Veranstaltungsort. Die Projektgruppe führte Gespräche mit Einrichtungen der Universität, um sie am Aufbau einer integrativen Laborschule zu interessieren, um so eine Modellschule mit Anregungen für die Schulpraxis und eine Forschungseinrichtung und Praktikumsangebote für die Lehrerbildung zu schaffen. Sie führten leider nicht zu konkreten Planungen.

Es gelang der Projektgruppe nicht, eine größere Öffentlichkeit für ein integrativeres Schulkonzept – im Rahmen der beschränkten gesetzlichen Möglichkeiten – zu erreichen. Erst mit Hilfe des städtischen Schulamtes gelang es, ein Gespräch mit den Schulleitungen der Oldenburgischen Gymnasien zu führen, das aber ergebnislos blieb; in der Folge lehnten es die Gymnasien sogar ab, weiter in der AG Inklusion an Schulen mitzuarbeiten.

Das Résumé

Wir müssen aber auch konstatieren, dass der Auftrag der Projektgruppe keine nennenswerte Unterstützung bei der GEW-Mitgliedschaft gefunden hat. Das mag daran liegen, dass die Aktiven an den Schulen in zu vieler Hinsicht gefordert und überfordert sind, dass Kraft und Zeit für bildungspolitische Aktivitäten fehlen, auch wenn diese eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen zum Ziel haben. Aber die GEW sollte auch wissen, dass sie öffentliche Unterstützung für ihre gewerkschaftlichen Forderungen nur erwarten kann, wenn Schule auch wieder zur Lösung sozialer Probleme und zur Schaffung gesellschaftlicher Perspektiven beiträgt.

Die Projektgruppe hat ihre Arbeit eingestellt. In der Projektgruppe mitgewirkt haben neben mir – Hansjürgen Otto als Antragsteller/Initiator - Hilbert Meyer und Henner Sauerland. Hilbert Meyer ist im vergangenen Jahr gestorben. Ich habe aus Alters- und Gesundheitsgründen meine Mitarbeit in der AG Inklusion an Schulen schon 2024 eingestellt. Das muss aber nicht zur Resignation bezüglich des Ziels der Projektgruppe führen. Es sollten aber jüngere GEW-Mitglieder gefunden werden, die unsere Arbeit mit längerem Atem und größerer Unterstützung fortsetzen.

Hansjürgen Otto, 29.5.2026